

# Correspondent.

Bezugpreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.

Bei Abnahme von unteren Abgabebestellen: bei Bestellungen auf Haus durch meine Wohnung in  
der Ernst- und auf dem Sande außerhalb Merseburg: durch die Post 120 Mk. außer 42 Pf.  
Beleggeb. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.  
— Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit bestellter Cassenanzahlung gestattet.  
— Für Rückfälle unvollzogener Entsendungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:  
essetig. Illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum für Merseburg und nächste  
Umgebung 10 Pf., für alle übrigen 20 Pf., auswärts pro Zeile  
20 Pf., im Restamt 30 Pf., bei fernläufigen Zus. entsprechende Zuschlag.  
Gebühr für Extrabeilagen nach Vereinbarung. Für Werbeanzeigen und Offertenannahme  
besondere Bedienung, nach Vereinbarung mit Bestellschlag. Bestimmungsort Merseburg.  
Für Anzeigen für gewerbliche Zwecke sind am Tage vorher, kleinere  
Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags, und

Nr. 248.

Freitag den 22. Oktober 1909.

36. Jahrg.

## Ueber die Bildungsarbeit für die unteren Klassen

Spricht der Sozialdemokrat Dr. Maurenbrecher in den „Sozialistischen Monatsheften“ in sehr nüchternen Worten, die erkennen lassen, daß dieser Intellektuelle das frühere sozialdemokratische Paradigma, wonach die Arbeiterklasse die einzig echte volkswirtschaftliche Erkenntnis besitze, innerlich über Bord geworfen hat. Maurenbrechers Darlegungen sind im Grunde genommen ganz aristokratischer Natur. Er sagt z. B.:

Es hat sich in unseren Vortrags- und Unterrichtsabenden stillschweigend eine Auslese vollzogen. Gefommen sind die, deren Interesse an politisch-wirtschaftlichen Fragen schon vorher geweckt war. Fortgelassen sind die, deren politisches Interesse mit dem Besuch einer Agitationsversammlung schon hinreichend gedeckt ist. Trotz aller demokratischen Auffassung in der Politik darf man sich der Tatsache nicht verschließen, daß die Masse für die Entscheidung der einzelnen politischen und wirtschaftlichen Fragen gar kein Interesse besitzt. Sie hat das Vertrauen zu ihrer Partei, daß sie schon richtig geführt wird. Sie will gar nicht selbst urteilen und selbst bestimmen. Sie wählt einen der Ihren in den Reichstag. Sie bestellst sich Vorstände und Referenten. Und denen überläßt sie nun die Führung der Geschäfte und lebt in Hoffnung und Glauben ihr unpolitisches Leben fort wie bisher. Wie manchen Unteroffizier in Partei und Gewerkschaft hat diese Stumpheit der Masse schon bitter enttäuscht und ernüdert; wie mancher hat schon bei schlecht beleuchtetem Saal seine ganze Mühe und Vorbereitung bitter bereut und verwünscht.

Das klingt anders als das schwülstige Verammlungsgerede von der politischen Entscheidungskraft des Proletariats, von der gereinigten Erkenntnis der klaffenbewußten Arbeiterklasse. Hier wird anerkannt, was tatsächlich ist: Die Masse hat nur politischen Instinkt, nicht politisches Wissen, sie folgt der Führung, der Autorität. Maurenbrecher geht aber auch weiter, er will die politischen Vorträge eingebämmt sehen und für die Bildung der Massen einfachere Kost reichen. Gegen die politisierenden Frauen der Partei wendet er sich, und er rät ihnen, Verlesung über das — Kochen zu erteilen. Also ganz kleinsürgerlich, wird man ihm aus den eigenen Reihen erwidern. Hören wir ihn! Er schreibt:

Namentlich die Frauen, die zu Millionen von ihrem Körper noch gar keine Ahnung haben, denen alles Reden von Leib nur ein heimliches Köchern und ein lärmendes Schwunzeln erweckt, würden zu Tausenden kommen, wenn wir die Möglichkeit hätten, biologische und hygienische Aufklärung bis in das kleinste Fabrikdorf zu tragen. Und gerade die Frauen haben ein lebenshaftiges Interesse, rational und billig zu lochen und arbeitssparend zu waschen. Bietet ihnen Belehrung darüber, und ihr habt ihnen einen wirklichen Dienst getan! Unsere Frauenrednerinnen gehen herum und halten dieselben Reden politischer Art wie die Männer den Männern. Tausend kommen um der Sensation willen, und neunhundert gehen unbefriedigt nach Haus, weil sie als Frauen gepöckelt seien wollten und nicht als politische Menschen. Hier könnte eine Verinnerlichung unserer Frauenagitation wahrhaftig nicht schaden. Das müßte eine lebende Sozialistin sein, die nicht auch von der Waschmaschine, von der Kochkiste oder von der Schädlichkeit des Korsetts aus zu den Höhen einer sozialistischen Perspektive gelangen wüßte, von Fragen des ehelichen Lebens und der Kindererziehung noch ganz zu schweigen.

Von der Klassenkampf-Rederei hält Maurenbrecher gar nichts. „Das Klassenbewußtsein des Proletariats“ entsteht nicht durch theoretische, begriffliche Unterweisung, durch Populärisierung der ersten 50 Seiten des „Kapitals“, nicht durch „Werttheorie“ und „materialistische Geschichtsauffassung“, es entsteht nur daraus, daß der Arbeiter ein höheres und besseres

Leben neben und über sich sieht, und daß er Sehnsucht nach diesem Leben spürt. Solange die Sehnsucht nach einem edleren Dasein in ihm nicht erweckt ist, nützen alle Handgriffe und Praktiken agitatorischer Routine rein nichts.

Maurenbrecher, der sicherlich durch manche bitteren Erfahrungen hindurchgegangen ist, findet hier als ehrlicher Mann, was er erkannt hat. Aber er wird sich klar darüber sein müssen, daß es eine schwere seelische Zumatung für eine „Partei der Wissenschaft“ ist, sich diese Wissenschaftlichkeit hinwegdisputieren zu lassen und sich übermiegend auf den Boden der praktischen Erkenntnis zu stellen. Maurenbrecher reißt hier Wunden, und er wird nicht erlauben dürfen, wenn die Verwundeten aufschreien.

## Der frühere Bürgermeister von Julum, Dr. Lothar Schüding.

setzt sich in der „Städte-Ztg.“ in einem sehr ruhig gehaltenen Artikel mit dem gegen ihn gefällten Disziplinarurteil des Oberverwaltungsgerichts auseinander. Er führt gegen dieses Erkenntnis treffend folgende Gesichtspunkte ins Feld:

„Daß es zu den Pflichten der Beamten gehöre, jede Schriftsteller über Beamtenverhältnisse zu unterlassen, läßt sich weder aus dem Disziplinargesetz noch irgend einer anderen Bestimmung folgern, auch nicht aus dem bekannten Oberverwaltungsgerichts-urteil von 1886, nach welchem der Beamte rüchrichtsvolle Äußerung gegen andere Beamte betätigen soll. Diese rüchrichtsvolle Äußerung versteht sich für jeden Staatsbürger im gewissen Sinne von selbst. Eine besondere Achtung auf Grund eines besonderen Solidaritätsgefühls der Beamten unter sich ist ein Zunftgedanke oder ein Gedanke rein gesellschaftlicher Natur, der der Verfassung und der modernen Auffassung direkt widerstreitet.“

Es bleibt also nur übrig ein Verbot der Meinungsäußerung, durch die der Beamte des Ansehens und des Vertrauens verlustig gehen könnte. Kann man durch ein wissenschaftliches politisches Buch des Ansehens und des Vertrauens verlustig gehen? Die Fragestellung ergibt schon die Verneinung. Jede ernste, aus patriotischen Gründen hervorgehende schriftstellerische Betätigung hebt erfahrungsgemäß das Ansehen des Schriftstellers und das Vertrauen zu ihm. Nun sagt das Oberverwaltungsgericht aber in vorliegendem Falle, der Erfolg meiner schriftstellerischen Betätigung sei eine Art Autoritätserschütterung gewesen. Es ist zunächst zu fragen, welche Autorität erschüttert sei. Unbewußt meint der Richter die Erschütterung des konservativ reaktionären Systems. Dies darf und soll erschüttert werden. Weiter wird mir vorgeworfen die Erschütterung des Vertrauens zur Beamenschaft. Wenn diese Erschütterung eine Folge der sachlichen Kritik der Einrichtungen ist, so ist sie eine Folge des Mißtrauens gegen die Einrichtungen, und diese Einrichtungen sachlich zu kritisieren, ist nicht nur Staatsbürgerrecht und -pflicht, sondern auch Beamtenpflicht. Sollen etwa die Richter nicht mehr über die Zivil- und Strafprozess-Ordnung schreiben dürfen? Auch die Kritik dieser Staatsinstitutionen muß zum Mißtrauen gegen sie führen, und wie leicht kann daraus die Verbreitung von Mißstimmung gegen die Beamten gefolgert werden! Autorität und Kritik vertragen sich überhaupt nicht, aber wohin kommen wir, wenn wir die Kritik ausschließen, weil die Erschütterung jeder Autorität inopportun und deshalb den Beamten verboten ist. Allerdings ist zuzugeben, daß die Kritik von Verwaltungsinstitutionen im allgemeinen ein unbebautes Gebiet ist. Das hat aber doch nicht zur Folge, daß dies Gebiet überhaupt nicht betreten werden dürfte.“

## Ueber die Stellungnahme der merseburgischen Liberalen zur Fusionfrage

äußert sich der rührige freimütige Führer Malemeister Geheimrat Schwerin wie folgt:

„Dem Drängen der Liberalen zur Fusion stehen die Liberalen Merseburgs weit feier gegenüber. Nicht etwa, als sei keine Eignetheit für die Schaffung einer großen Fortschrittspartei vorhanden, im Gegenteil, auch Merseburgs Liberaler erkennen den Vorteil einer einheitlichen Partei an. Die Gründe für die referierte Stellung der Merseburger beruhen auf anderen Ursachen. Zunächst erweist sich Merseburg eines Liberalen Bundeswahlerzins. Die liberalen Vereine innerhalb der sieben merseburgischen Reichstagswahlkreise sind alle, ob liberal oder national-liberal, dem Bundeswahlverein angegliedert. Die Parteiangehörigkeit nach rechts oder links kommt demzufolge fast niemals zur Erörterung. In kleinen Städten sind Angehörige aller liberalen Richtungen in einem Verein vereinigt. Die Kandidatenfrage wird von Delegierten aus allen 7 Wahlkreisen gelöst, auswärtige Einflüsse sind so gut wie ausgeschlossen. Trotzdem sind die Merseburger nicht weniger liberal wie anderswo, im Gegenteil, Merseburg hat schon häufig hervorragende liberale Männer in den Reichstag entsandt. Fast kann man behaupten, daß das, was man zurzeit liberalerseits im Reiche fordert, die Einigung des entschiedenen Liberalismus, in Merseburg längst ohne weitere offizielle Anfeindungen aktuell geworden ist. Aus diesen Gründen ist auch niemals eine Verschärfung oder Gegenüberstellung der Meinungen zwischen Volksparteien und Vereinigung offen hervorgetreten, aber ebenso wenig ein Drängen zur Fusion als unbedingte Notwendigkeit gefordert worden.“

„Uns erkennen die liberalen Führer Merseburgs dennoch, daß durch die Schaffung einer einheitlichen liberalen Fortschrittspartei, eines neu zu schaffenden, der heutigen Situation entsprechenden Parteiprogramms das politische Prestige des Liberalismus nur gebekert werden kann und daß es angesichts der unklaren politischen Gesamtlage für den Liberalismus nur förderlich sein wird, in den nächsten Wahlkampf als festgelegte politische Einheit auf dem Plan zu erscheinen.“

## Ein konservatives Flugblatt

mit der Überschrift „Die Wahrheit über die neuen Steuern“ ist in vielen tausend Exemplaren auch in unserem Kreise verbreitet worden. Rechthabig, daß die Konservativen überall das Bedürfnis fühlen, sich vor dem Volke zu rechtfertigen. Das böse Gewissen muß sie doch wohl arg beissen und die nicht unbegründete Furcht, daß das wählende Volk in kurzen über sie zu Gericht sitzen wird. In diesem „Wahrheit“ betitelten Flugblatt wird nun die Wahrheit recht hübsch entstell, und zwar weniger durch das, was gesagt, als durch das, was verschwiegen wird. Gewiß, auch die Liberalen sind mit Verbrauchssteuern einverstanden gewesen, aber nur, weil für direkte Steuern in Höhe von 400 Millionen keine Majorität zu finden war und nur unter der Bedingung der Erbschaftsteuer. Daß diese, ausschließlich die höheren Vermögen treffende Steuer von den Konservativen unter heuchlerischer Begründung aus reiner Selbstsucht abgelehnt und durch weitere Verbrauchssteuern und einige Versteuern ersetzt worden ist, die auch und vornehmlich die breite Masse treffen, davon sagt das Flugblatt nichts. Es sagt nichts davon, daß man sich zur Erreichung dieses Zweckes der Hilfe von Zentrum und Polen, der geschworenen Feinde des evangelischen deutschen Kaiserthums bedient hat, daß man die in den Tagen des Blochs ausgeübte Hoffnung einer Erstattung des Nationalgetulfs hat wieder zu Grabe tragen müssen. Es sagt nichts davon, daß der liberale Grundsatz, daß nur direkte Steuern gerecht und vernünftig sind, gerade jetzt wieder seine Rechtfertigung erfährt, obwohl es selber ausführt, daß 254 Millionen Steuern dem deutschen Volke 1247 Millionen Mark kosten. Wenn irgend etwas die Schädlichkeit indirekter Steuern beweist, so ist es diese Tatsache. Was nützt es da, über die Profitirung der Produzenten und Zwischenhändler zu klagen? Wägen die Konservativen ein Mittel nennen, um solche Mißstände,





die in diesem Falle natürlich übermäßig aufgekauft werden, zu verbinden. Eine kräftige Bekämpfung hätte da wenigstens eine kleine Ausgleichung geschaffen. Aber da hätten ja die Herren Großgrundbesitzer zahlen müssen. Jetzt wird wohl jeder erkennen, wie selbstlos die Politik dieser Herren gewesen ist, und kein Flugblatt, und wäre es noch so geschickt abgefaßt, wird den Leuten noch ferner Sünd in die Augen streuen und die Tatsache bemerken können, daß die konservativste Partei die Partei der rücksichtslosen Selbsttötung ist. Am Wahltage aber wird die Abrechnung kommen.

### Aus Spanien.

Das Kabinett Maura tritt sein Leben nur noch mit den verbrauchtesten Mitteln des Volkslebens und der Gewaltthätigkeit. Gerade kündigt sich das Bemühen der Schwarzen Gesellschaft, die heute noch Spanien zu regieren sich anmaßt, durch möglichst scharfe Handhabung der Zensur, Spanien von der übrigen Welt abzuperrern und namentlich zu verhindern, daß die Presse Nachrichten über die Stimmung verbreitet, die der Aufstand von Barcelona in der gesamten Kulturwelt gegenüber der spanischen Pfaffenwirtschaft hervorgerufen hat. Daß Maura, dieser Abgott aller Reaktionen, auch die parlamentarische Immunität angreifen gedachte, haben wir bereits gemeldet. U. a. verlangt die Regierung von dem Senat die Ermächtigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen das Mitglied Solís Daza wegen angeblicher Beteiligung an den Ereignissen von Barcelona. Der Senator weichte gerade in Biarritz, als er diese Tatsache durch die spanischen Zeitungen erfuhr, und nahm den ersten Zug, der ihn nach Madrid führte, und nicht nach Paris, wie es ihm, weil er dadurch die Vermutung seiner Schuld kaum gegeben hätte. Das erklärte er auf der Durchreise in San Sebastian einem Berichterstatter des „Temps“, mit dem hinzuzufügen, er sei bereit, sich dem Kriegesgericht zu stellen, was auch vorzuziehen möge, denn er sei sechzig Jahre alt und stehe allein. Nebenbei erfuhr der Berichterstatter, daß der Senator über die Lage in Barcelona nichts wußte, weil alle an ihn gerichteten Briefe in dem Schwarzen Kabinett aufgefangen werden.

In der spanischen Deputiertenkammer erklärte am Dienstag Maura die am Montag abgegebenen Erklärungen Mauras für unzureichend, protestierte gegen die von ihm rechtferdigte Aufrechterhaltung der Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in Barcelona und schloß mit der Erklärung, er und die gesamte Opposition seien einig in dem Verlangen, daß Maura seine Entlassung geben müsse. — Die Abwärtigen sollten freilich auch einen anderen zu ihrem Vorbildern machen, als gerade Maura, dessen Intrigantentum schon mindestens dem Liberalismus in Spanien seinen Ursprung gehabt haben. Maura ist nämlich eigentlich auch nur ein verkappter Aristokrat, und er bewies dies auch wieder in seiner Rede am Dienstag, indem er nach dem Bericht des „Wallischen Bureau“ gegen den tatwärtigen und papstlichen Charakter einiger auswärtiger Zeitungen Einspruch erhob.

Was Maura braucht gerade Maura ist Gegner wenig zu fürchten, und so trat er denn auch in seiner zweiten Entgegnung am Dienstag namentlich noch selbstbewußter auf als am Montag. Er erklärte, daß der Ernst der Lage in Barcelona die Regierung verbindet habe, dem Könige die Verantwortung der Schuldigen anzupfehlen. Es sei nicht die Schuld der Regierung, wenn man das Gericht überredet habe, daß Hunderte erlöset worden seien. In Barcelona sei eine Revolution verlangt worden, welche die Regierung bekämpfte habe und auch jetzt noch bekämpfe, wo man von ihr verlange, daß sie zurücktreten solle. Der Ministerpräsident sucht jedoch das Vergehen der Regierung bei den Unruhen in Barcelona und im Mittelzug mit der Darstellung der Ereignisse zu rechtfertigen und verbreitet sie besonders über die von den Revolutionären verübten Verbrechen in Santa Catalina in Barcelona 1888 Menschen getötet und 41 verwundet worden. Auf die Frage eines Abgeordneten erklärte der Ministerpräsident schließlich, daß 112 Personen verhaftet worden seien. Unter dem Befehl der Ministerkassen wurde darauf die Sitzung geschlossen.

### Ferrer war schuldig.

Das republikanische Organ „El Paris“ veröffentlicht den Brief eines Hauptteilnehmers der Revolution, der sich nach Frankreich geflüchtet hat. Der Junge war Mitglied jener Arbeiter-Solidarität, von der der Generalkonferenz ausging, erwehnt daher bei der Verurteilung des Aufstandes wohl Bescheid. Seine Bemerkungen besitzen historischen Wert und bilden zugleich die beste, wenn auch verärgerte Verteidigung Ferrers. Danach hat von dem geplanten Generalkonferenz kein Politiker von Bedeutung, darunter auch Ferrer, etwas erfahren. Alle Abmachungen wurden in kurzer Zeit von neu gebildeten Ausschüssen getroffen und streng geheim gehalten. Keine bedeutende Persönlichkeit stand, wie der Mann schreibt, mit diesen Komitees in Verbindung. Sie wurden alle von den Ereignissen vollkommen überrascht, gerade wie die Arbeiter, wie die Bevölkerung der übrigen Landestheile, wie alle Politiker — Ferrer eingeschlossen. Es ist nicht, wenn die Regierung Ferrer bestraft, daß er zahlreiche Verbrechen begangen hätte. Die Waffen, die sich das Volk verschaffte, rührten von der Entfernung der Waffentager und der Waffenhandlungen her. Jedes Stück haben wir mit Gewalt an uns gebracht. Ferrer mußte aber von allem nichts und hat sich auch nicht hineingemischt.

Ernennung des Staatsanwalts im Ferrer-Prozesse. Dem „Reichsboten“ über Erörterung folgender, anderweitig nicht bestätigte Meldung aus Barcelona zu: Wie verlautet, ist gegen den Staatsanwalt, der gegen Ferrer die Todesstrafe beantragte, ein Verlangen gestellt worden. Der Staatsanwalt befand sich in der Nacht vom

Freitag zum Sonnabend auf einem Spaziergange in der Rambla Catalanas, als sich von einer Gruppe von Personen ein Mann loslöste und zwei Revolverstöße auf den Staatsanwalt abfeuerte. Dieser soll schwer verletzt zu Boden und verblutet um drei Uhr morgens. Der Mörder und seine Gefährten flüchteten und konnten bisher nicht ergriffen werden. Die Wohnungen der Mitglieder des Kriegsgerichts, welches über Ferrer die Todesstrafe verurteilt hat, werden Tag und Nacht überdacht. Die Ferrer-Beklagen in auswärtigen Parlamenten sind noch immer kein Ende. Sowohl im englischen Unterhaus wie im französischen Senat, der belgischen Deputiertenkammer usw. haben, wie schon gestern berichtet, in den letzten Tagen wieder lebhaftere Besprechungen der Hinrichtung Ferrers stattgefunden.

Der Berliner Goethebund sendet den Zeitungen folgende Erklärung: Der Berliner Goethebund fühlt sich mit den Freunden der Bildung und des freien Geistes in allen Kulturländern einig in der Beurteilung der grauenhaften Mordthat, welcher der Volksbildner und Volksaufklärer Francisco Ferrer zum Opfer gefallen ist. Auch wir betrachten diesen unter dem Vorzeichen der furchtbaren Mordthat als einen Schlag ins Antlitz der europäischen Zivilisation, die dem spanischen Geiste einst so viel zu verdanken hatte. Wenn in wenigen Jahren die Welt den dreihundertjährigen Todestag des unsterblichen Cervantes begehen wird, dann möge sie in fester Erinnerung an das Martyrium eines seiner geliebten Söhne das höhere Bewußtsein hegen müssen, daß die großen Dichter und Künstler Spaniens für ihr Vaterland umsonst gelebt haben. Wir aber, die wir nicht vor dem sechsten Tage leben, an dem vor 150 Jahren der Sänger des Don Carlos geboren wurde, wir erheben lauten Protest dagegen, daß man in Staate Philipp II. noch immer die Hofas aus dem Inneren abregelt, wenn sie Gedankensfreiheit fordern. Gegenüber dem braven Volkssohn Ferrer mag dunkler Mächte, die heute nicht einmal sein Verbrechen scheuen, wenn es gilt, den Eroberungsgang des Lichtes zu hemmen, rufen wir alle Gleichgesinnten auf, in rastloser Arbeit mehrheitlich mit uns zusammenzutreten, um dem verächtlichen Willen der Finsternisse den Weg zu weiteren Fortschritten der Kulturmenschen zu versperrern. Der Vorstand des Goethebundes Berlin. Im Auftrag: Ludwig Jundt. Hermann Sander mann.

Im Kabylenkrieg will der Sultan Mulay Saïd vermitteln. Wie der „Köln. Ztg.“ aus Tanger gemeldet wird, sollte am Mittwoch eine schon längere Zeit zu dem Zwecke von dem Sultan aus Fez nach Tanger entsandte marokkanische Abordnung, bestehend aus mehreren im Hof Einfluß genießenden Männern, darunter dem früheren Sultan des Sultanreiches, das bei Melilla die Kämpfe gegen den Raga führte, dem Saïd el Wasfai, an Bord eines spanischen Kriegsschiffes nach Melilla fahren. Die Abordnung hatte Besprechungen mit dem spanischen Gesandten in Gegenwart des Vertreters des Sultans und der diesen beigeordneten hohen Beamten. Die Mission soll von Melilla aus den Frieden mit den Rifles vermitteln. Spanien dürfte mit Genehmigung der spanischen Regierung, die sich dem früheren Sultan des Sultanreiches, das bei Melilla die Kämpfe gegen den Raga führte, dem Saïd el Wasfai, an Bord eines spanischen Kriegsschiffes nach Melilla fahren. Die Abordnung hatte Besprechungen mit dem spanischen Gesandten in Gegenwart des Vertreters des Sultans und der diesen beigeordneten hohen Beamten. Die Mission soll von Melilla aus den Frieden mit den Rifles vermitteln. Spanien dürfte mit Genehmigung der spanischen Regierung, die sich dem früheren Sultan des Sultanreiches, das bei Melilla die Kämpfe gegen den Raga führte, dem Saïd el Wasfai, an Bord eines spanischen Kriegsschiffes nach Melilla fahren.

### Politische Uebersicht.

Aber die Italienerreise des Zaren werden nimmere die ersten amtlichen Angaben von russischer Seite veröffentlicht. Ein Telegramm aus Rom meldet, daß Kaiser Nikolaus am Dienstag die Reise nach Italien zum Besuche des Königs Viktor Emanuel in Genua im Gefolge des Zaren beabsichtigt sei. U. a. auch der Minister des Innern. Wo die Begegnung des Zaren mit dem König von Italien stattfinden wird, ist noch nicht sicher gemeldet worden. Ist fest nur, daß die Monarchen sich an Bord eines Schiffes treffen werden. Anders tut es der Zar gar nicht mehr aus Furcht vor einem Attentat und namentlich würde er kaum riskieren, italienischen Boden zu betreten. Der Spektakel der italienischen Sozialisten und Radikalen hat schon einmal den Plan einer Zarenfahrt nach Italien verhindert. Diesmal wollen die italienischen Sozialisten aber nicht so sein, sie wollen sogar zweifelhafte Androhungen vermeiden, wennihens haben sie die Proklamierung eines in Aussicht genommenen Generalstreiks abgelehnt.

Keine Störung des Dreibundverhältnisses ist nach österreichischer Ansicht von dem Zarenbesuch beim König von Italien zu befürchten. Das Wiener „Freundenblatt“ schreibt: Der Besuch des russischen Kaisers beträftigt die Fortdauer der guten Beziehungen zwischen Rußland und Italien, so daß die Freundschaft zwischen den beiden Mächten die internationale Diplomatie einen wichtigen Nutzen bringt. In der Hinsicht, ob die russische Mission durch den Zaren durchaus keinen Grund der Annäherung zwischen den beiden Mächten bilden wird, während der Besuchs des Zaren zu beobachten. Die Mächte des Dreibundes sind frei in der Wahl ihrer Freunde. Je mehr Freundschaften sich zwischen den einzelnen Mitgliedern der beiden großen europäischen Mächtegruppen bilden, desto größer wird die Aussicht auf die ungestörte Geltung der Allianz des Friedens, wie sich dieselbe während der Annexionen in der Welt hat. Die Zusammenkunft in Neapel ist freilich nicht ein Attentat, das nur dem Friedensbedürfnisse entgegen kam, weil die Vermählung von Gegenständen zwischen den Mächten, die ihr Interesse lebhaft dem neuen Orient zuwenden, eine wirksame Propädeutik gegen die Gefahr von Verwicklungen ist. Die Untüchtigkeit des Drahtes zwischen Rom und

Petersburg wird auch bei uns als ein Ereignis aufgefaßt, welches für die Aufrechterhaltung der Ruhe Europas nicht unwichtig ist.

Oesterreich Ungarn. Der österreichische Reichsrat ist am Mittwoch wieder zusammengetreten. Im Abgeordnetenhaus begann die Sitzung mit dem Vortrage über die Aufrechterhaltung der Ruhe Europas. Der Ministerpräsident und die Minister wurden von den Tageschefs, Radikalen mit Värm und Abzugesrufen empfangen. Der Ministerpräsident erklärte die Session für eröffnet und forderte den Abgeordneten Junke als Alterspräsidenten auf, den Vorsitz zu übernehmen. Junke wurde von den meisten Abgeordneten mit lebhaftem Beifall empfangen; während die Tageschefs Radikalen den Värm fortsetzten, hielt er die Wahl aufgenommenen Staatspräsidenten, in welcher er an das aus dem allgemeinen Wahlrecht herorgegangene Haus den Appell richtete, seine Aufgaben voll und ganz zu erfüllen. Die Rede lang aus in ein Hoch auf Kaiser Franz Josef. Unter andernem dem Värm leitete hierauf der neugewählte Abgeordnete Graf Starbck die Eingeladung. Nach der Mitteilung von der Mandatsüberlegung der Abgeordneten Vorname und Gebirgspräfektur der Abgeordnete Wolf gegen den Beschluß der Demokratenkonferenz, die Präsidentenwahl am Freitag vorzunehmen, was verfassungswidrig sei und eine Nachgebiltheit gegen die slavische Union bedeute. Der Alterspräsident erklärte hierauf mit Rücksicht auf vielfach geäußerte Wünsche, und um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, sich über den Beschluß des Mandatsausschusses zu vernehmen, die Sitzung auf 48 Stunden zu unterbrechen. Die Präsidentenwahl findet am Freitag um 11 Uhr statt. Der Värm der Tageschefs Radikalen dauerte während der ganzen Sitzung an. — In der ungarischen Krise hat auch der Kronrat am Mittwoch noch keine Entscheidung gebracht. Das „ungarische Teleg. Korr. Bureau“ meldet aus Wien: In dem ungarischen Ministerkabinett, der eine halbe Stunde lang über die Angelegenheit der Krise in den Worten der Minister auf, ihre Anschauungen über die Lösung der Krise darzulegen, wobei er betonte, es sei wünschenswert, die Koalition aufrecht zu erhalten. Die Minister legten darauf ihre Anschauungen dar und betonten, eine verfassungsmäßige Lösung sei nur möglich, wenn entweder die Mehrheit oder die Minderheit des ungarischen Abgeordnetenhauses mit der Bildung des Kabinetts einverstanden sei. Wenn die Aufrechterhaltung der Koalition ausgeschlossen erlaube, so würden sie doch in dieser Richtung ihre Bemühungen fortsetzen und dem Könige darüber berichten. Der König erklärte hierauf wiederholt, er wünsche eine verfassungsmäßige Lösung der Krise, und ersuchte die Minister, seinen Entschluß abzuwarten und dahin zu wirken, daß die schwierige Lage nicht durch unvorsichtige Schritte dauernd verwickelt werde. Die Minister trafen Mittwoch nachmittag nach Budapest ab. Vor dem Kronrat hatte der König den Grafen Andrássy, sodann den ungarischen Ministerpräsidenten empfangen.

Seligen. Die außerordentliche Tagung der Kammer, die am Dienstag ihren Anfang nahm, dürfte der Anlaß werden zum Ausbruch einer inneren Krise, da im Lager der Liberalen die ärgste Verwirrung herrscht, und die Kammer in ihrer Zusammensetzung abgetrennt wird. Die angeblich ungarische Finanzlage der Kongression ist geklärt, die Lage noch unglücklicher zu gestalten.

Italien. Die Schmach der russischen Volkserrettung tritt immer deutlicher zutage. Nachdem „Märschen“ jüngst die Rechte der Duma bezüglich des Militär- und Marinebudgets aufgekündigt hatte, hat nunmehr das höchste zivile Gericht, der Petersburger Senat, aus formellen Gründen die Veröffentlichung der von der Duma ausgearbeiteten Geschäftsordnung verweigert. Ein solches Parlament, das nicht mal Herr über seine Geschäftsordnung ist!

England. Der Kampf um die englische Finanzpolitik wird nun bald in das entscheidende Stadium am Unterhause am Dienstag die Beratung der Finanzbill im Berichtsstadium beginnen. Es sind seitens der Regierung 20 Amendements zu dem Entwurf gestellt, deren Beratung voraussichtlich mindestens 2 Wochen in Anspruch nehmen wird. Keiner der Änderungsanträge trifft jedoch wesentliche Bestimmungen der Bill, so daß diese eventuell dem Oberhause im großen und ganzen in ihrer gegenwärtigen Form übergeben wird.

Griechen. Der Belagerungszustand über Jerusalem beabsichtigt die türkische Regierung, wie in der Sparte nachstehenden Kreisen verlautet, zu verhängen, um eine weitere Ausdehnung des Schutzes und Kirchenvertrages zwischen Griechen Orthodoxen und Arabern zu verhindern. Die Zerschlagung der türkischen Armee in der Schlacht bei Maritsa hat die türkische Regierung mit dem Gedanken angefaßt sein, die türkischen Armeen aufzulösen und im Sandstahl Salomonie inmitten der verischen Grenze ein Kampf der Regierungstruppen mit dem Kurenkamen Wasban hat, der nach Zurückzahlung von 400 Tausend nach Persien löst.

Fest. Die zweite und letzte Staffel des russischen Truppenkorps, bestehend aus zwei Kompanien des dritten Schützenbataillons und einer halben Kompanie Sappeure ist am Dienstag aus Tiflis nach Tiflis abgegangen.

Mittelamerika. In Nicaragua scheint die Revolution zu fliegen. Nach Telegramm aus Bluefields ist Albas, Corinto, Leon, San Juan del Sur, überhaupt die halbe Republik Nicaragua, in der Gewalt der Insurgenten.

### Deutschland.

Berlin, 21. Okt. Der Kaiser hörte gestern vormittag im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. — Am 26. November werden Kaiser Wilhelm und der österreichische Kronprinz Erzherzog Franz Ferdinand als Jagdgäste des Fürsten von Pleh auf Schloß Pleh eintreffen.

— (Fürst Bülow) mit seiner Gemahlin begaben sich am Mittwoch vormittag nach Potsdam, um auf Einladung des Kaisers am Freitag im Neuen Palais teilzunehmen.

— (Reichsfinanzler v. Bethmann-Hollweg) machte am Dienstag nachmittag in Begleitung seiner Gemahlin dem Fürsten und der Fürstin v. Bülow im Hotel Adlon seinen Besuch. Nach Oberhof-



marschall Graf Eulenburg erschien Dienstag nachmittag zum Besuch beim Fürsten Bülow.

— (Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg), Winkl. Geh. Rat v. Voehell, ist nach der „Deutschen Tagesztg.“ heute gefunden, daß er bereits im Laufe des Monats November seine Amts-geschäfte wird übernehmen können.

— (Der deutsche Botschafter in Tokio), Freiherr Mumm von Schwarzenstein, ist in Berlin eingetroffen.

— (Die auf die Strafprozessreform bezüglichen Vorlagen,) die dem Reichstag bereits in der vorigen Session unterbreitet wurden, aber nicht erledigt werden konnten, hat der Reichstagler nach der „Neuen Pol. Kor.“ wieder dem Bundesrat mit dem Antrage zugehen lassen, die Vorlagen von neuem in unveränderter Gestalt an den Reichstag zu bringen.

— (Eine Neuregelung der Wohnungs-geldzuschüsse für Preußen,) die bekanntlich im Frühjahr nur provisorisch erfolgt war, ist regie-rungsseitig damals zugestanden worden. Die Neu-regelung wird die vom Reichstage bewilligten Sätze für das Reich den preussischen zugrunde legen. Vor-läufig zahlt Preußen die alten Sätze mit einem Drittel Aufschlag. Die neue Vorlage wird die Unterschiede ausgleichen, die durch die neue Klasseneinteilung im Reiche für Preußen entstanden sind; vor allem sollen die Dote, die nach den beiden Klasseneinteilungen in verschiedenen Ortsklassen stehen, in die gleichen Orts-

klassen gesetzt werden. Es handelt sich also um keine Erhöhung des Wohnungsgeldes im allgemeinen, sondern um einen Ausgleich in den Rangklassen und in den Ortsklassen. Die Tarifsätze des Reiches sind jetzt um 40 bis 100 Mark höher als in Preußen mit Aus-nahme der Unterebenenklasse. Einige Dote in Preußen müssen allerdings in eine niedrigere Orts-klasse versetzt werden, um sie mit der Klasseneinteilung des Reiches in Einklang zu bringen; die preussischen Beamten dieser wenigen Städte ließen sich zurzeit im Wohnungsgeld besser als die Reichsbeamten derselben Stadt.

— (Zur Frage der Reichsversicherungs-ordnung) hat der 23. ordentliche Berufs-genossenschaftstag, der zurzeit in Stuttgart tagt, folgende Resolution angenommen:

Der Berufs-genossenschaftstag stellt mit Befriedi-gung fest, daß die von seinen der anderen Ver-sicherungsträger, der großen wirtschaftlichen Verbände für Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Industrie, von Vertretern der Wissenschaft und von Sozial-politikern an dem Entwurf der Reichsversicherungs-ordnung geübte Kritik eine weitgehende Überein-stimmung mit denjenigen Grundgedanken aufweist, die der außerordentliche Berufs-genossenschaftstag vom 26. Mai 1909 in seiner damals einstimmig an-genommenen Erklärung niedergelegt hat. Er gibt nunmehr der Erwartung Ausdruck, daß die Reichs-regierung den genannten Gesichtspunkt unter Berücksichtigung dieser Stellungnahme einer gründlichen

Umarbeitung unterziehen wird, insbesondere in der Richtung, daß die Selbstverwaltung der Berufs-genossenschaften im vollen Umfange gesichert bleibt und daß von einem neuen, kostspieligen Beamten-apparat Abstand genommen wird.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen regte der Präsident Dr. Kaufmann ein engeres Zusammen-arbeiten zwischen den Berufs-genossenschaften und dem Verein vom Roten Kreuz an. Geheimrat Witowski vom Reichsversicherungsamt sprach über Unfall-versicherung und Unfallversicherungs-vorschriften, sowie über die Aufgaben der Berufs-genossenschaften auf dem Gebiete des Heilverfahrens in den ersten dreizehn Wochen nach einem Unfall. Dr. Spieder wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

— (Die doppelte Moral der Sozial-demokratie.) Nach einer Meldung des „Westf. Kurier“ haben die Metallarbeiter in Dortmund die Arbeitswilligen gegen ihren Willen in Willen pho-tografiert und die Bilder in einem Streikbrecher-album gesammelt, das in den Geschäftsstellen der sozialdemokratischen Gewerkschaften jedermann zur Ansicht ausliegt, damit die „Ubelthäter“ unabschätzlich gemacht werden können. Der gewerkschaftliche „Hau-hilfsarbeiter“ erwidert darin eine durchaus legale Streikwaffe. Wenn aber die Polizei Anarchisten oder ähnliche staatsgefährliche Individuen photographiert, dann ertönt in der ganzen sozialdemokratischen Presse ein lautes Geschrei über „brutale Vergevaltigung“.

**Einzelnen.**

Fürchten Teil übernimmt die Bekatung dem Buntstium gegenüber keine Verantwurtung. Familiennachrichten.

Magdalene Wagner Paul Liemen

Gebore Verlobte.

Stößen-Jena und Halle, im Okt. 1909.

**Statt Karten!**

Für die vielen Ehrungen und Aufmerksamkeit zu unserer silbernen Hochzeit sagen wir allen auf diesem Wege unseren besten Dank.

Otto Schreiber u. Frau. Oberbahnhofsstr.

**Pfandverkauf.**

Montag den 25. d. M., nachmittags 5 Uhr.

versteigere ich im Gasthose „Zur alten Post“ hier, Breite Straße 12:

Die Lebensversicherungspolize der Karlsruher Lebensversicherung a. G. Nr. 85960 über 3000 Mk.

Die Lebensversicherungspolize der Deutschen Lebensversicherung a. G. in Potsdam Nr. 10458 über 2000 Mk.

Öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Merseburg, den 21. Oktober 1909. Tarnitz, Gerichtsvollzieher.

**Müdigkeit und Schmerzen**

in Beinen und Füßen

beseitigt die verstellbare federnde Stiefel-einlage

**„Supinator“.**

„Eise“ pneumatisch federnde Ferren-unterlage schafft leichten elastischen Gang und beseitigt Ferrenschmerzen. Zu haben bei

Paul Exner, Hofmarkt 2.

Sehte, Schleien, Hale, Karpfen empfiehlt

Herm Birnstiel, Fischerstraße 15.

**Rosfleisch!**

diese Woche wieder ff., jung und zart, sowie alles andere in bekannter Güte empfiehlt

F. Möbius, Rosfleischerei, Elgrube 6. Telefon 340.

Die Beleuchtungssteuer wird erspart! durch den unverwüchtlichen Auergühstrumpf „Dege“

amerikanisch erstklassiges Fabrikat mit höchstem Lichteffect. Verkaufsstellen sind durch das rote AUBER-LÖWEN-PLAKAT kenntlich. Auergesellschaft, Berlin O. 17.

**Berlitz School. ■ Halle a. S., Harz 50.**

Telefon 3428.

Am Mittwoch den 27. Oktober,

im Hotel „Zur goldenen Sonne“ Zimmer Nr. 1, werden für diejenigen, die be-absichtigen, sich in fremden Sprachen zu vervollkommen, GRATIS-PROBE-STUNDEN erteilt, und zwar:

für Französisch von 5—7/26 und 8—1/29;

für Englisch von 1/26—6 und 1/9—9

Auf Wunsch werden auch die künftigen Stunden im Hause der Betreffenden gegeben. — Anmeldung und Besprechung zu den obengenannten Zeiten Die Direction: A Soupiron, Officier d'Académie.

Milchspeisen, Cremes, Puddings, Flammeris, Cacao, Saucen erhalten feinsten Vanille-Geschmack durch

**Dr. Oetker's**

Vanillin-Zucker.

Zum Backen nur das echte

Dr. Oetker's Backpulver.



**Kinderstühle.**

Absolute Sicherheit wegen Her-ausfallen der Kinder. Hoch und niedrig verstellbar. Großer Spielplatz; Gummiräder. Solide Ausführung.

C. F. Ritter, Halle a. S.,

Leipzigstrasse 40. Mitgl. d. Rab.-Spar-Vereins.



Ein großer Transport junger schwerer hochtragender u. neuzeitlicher

**Kühe**

ist bei mir eingetroffen.

L. Nürnberger.

W. G. Die „Herr. Min. - Galle“ ist ein sehr geliebtes. Ich habe schon viele gesehen, aber nicht alle, und so beschreibe ich die „Herr. Min. - Galle“ hier in die Schwere mit ganz fort. Ich kann sie haben, wenn man empfiehlt. G. H. 2. 2. 2. 2.

O. Besser. Diese „Herr. Min. - Galle“ wird mit Erfolg auch gegen Weiden, Flecken und Hautleiden angewandt, ist in Dosen à 1/10 und 1/20 in Berlin zu haben, vorzüglich, aber nur echt in Originalpackung weiß gelb rot und braun. Scherer & Co., Weinbühlstr. 10. Billigungen will man nicht.

**Wahre Wunderkinder** erzielt man mit Carl Kochs Nährwieback, denn derselbe ist sehr wohl-schmeckend, besitzt höch-sten Nährwert, befördert die Körperzunahme, stärkt den Knochenbau, verhinder-t die Kinderkrank-heiten als Rachitis, Skrophulose etc., da er die Bestandteile einer guten Kuhmilch mit den der Mutter-milch eigenen Nährsalzen und Phos-phaten vereint. Zu haben in Tüten und Paketen à 10, 20, 30 u. 60 Pf. in den durch Plakate kennt-lichen Verkaufsstellen.

NACH PROFESSOR GRAHAM: **AMBROSIA BROD u. CAKES** GERICKE-POTSDAM

Verträgt den schwächsten Magen schon morgens früh. Echt sein!

C. L. Zimmermann, Burgstraße.

**Bäder-Innung Merseburg.**

Es ist ein Überhand, daß oetfalsch Bleche und Kuchentretter sowie Backformen von der Hausbäder-Kundschaft längere Zeit zurückgehalten werden. Wir fordern die geehrte Kundschaft auf, zurückbehaltene Bleche und Formen sofort abzuliefern, andernfalls gegen die Säumigen anderweit vorgegangen wird.

**Hausmädchen**

1. November gesucht Frau Ida Hüssner, Stellenvermittlerin. Wegen Erkrankung meines jetzigen Mädchens suche ich für sofort zur Ausfülle ein in Küche und Hausarbeit erfahrendes älteres Mädchen oder eine unabhängige Frau. Frau Blankenburg, Gottfriedstr. 1.



# S.M.

## Beim Kuchenbacken

nehme man nichts anderes als **Siegerin-** oder **Mohra-Margarine**, die beiden besten Butter-Erhaltungsmittel in höchster Vollendung. Feinestes Butteraroma und delikater Geschmack. **Überall erhältlich.**

### Große Geldgewinnziehung.

In ganz Deutschland durch Reichsgefes erlaubt

- 1 Hauptgewinn a Mk. 480 000
- 1 Gewinn a Mk. 320 000
- 1 Gewinn a Mk. 255 000
- 1 Gewinn a Mk. 240 000
- 2 Gewinne a Mk. 160 000 usw.

Insgesamt 40698 Gewinne im Gesamtbetrage von 8 Millionen 886 120 Mk.

Ziehungslisten sofort nach Erscheinen. Nächste Ziehung am 1. November 1909. 1/2 Beteiligung 6 Mk. 1/4 Beteiligung 3 Mk. versendet gegen Nachnahme oder Einsendung des Betrages

Heinar. Christ. Prüss, Bankgeschäft, Hamburg 6.



Frisch eingetroffen:  
Starke Hasen, auch zerlegt,  
Kleine Hasen von Mk. 2,- an,  
1a frische Reh-Rücken, -Keulen,  
-Blätter und Kochfleisch,  
wilde Kaninchen,  
Fasanen, Rebhühner,  
feinste Hasermaßgänse, auch baldiert,  
junge Enten, Schwäne, Tauben,  
lebende böhmische Spiegelexkarpfen,  
Schleie, Aale

empfiehlt **Emil Wolff.**

### Zurnschuhe

in größter Auswahl, sowie alle Arten

### Schuhwaren

empfiehlt zu billigsten Preisen

**Max Wirth,**  
Gottschardtstraße 12.

### Fritz Schanze

empfehlend:  
Prima frischgeschossene Hasen,  
Hasen-Rücken, -Keulen, -Läufchen  
und -Kleine,  
prima Hasermaßgänse,  
frische Gänse-Brüste, -Keulen,  
-Rücken und -Kleine,  
gepökelte Gänse-Keulen u. -Rücken,  
prima geräucherter Gänsebrüste,  
garantiert reines Gänsefleisch,  
frische Gänselebern,  
frischgeschossene Rebhühner und  
Fasanen,  
Delikatesse-Sauerkraut a Pfd. 10 Pf.

Waschkörbe,  
eigenes Fabrikat, Engros-Preise.  
**Otto Müller,** Johannisstraße 16.

### Pretzsch.

Sonntag den 24. d. M. lade zu meiner

**Kirmesfeier**  
freundschaft ein **O Händler.**

### Broiha-Schenke

**Beesen.**  
Angenehmer Auszug.  
5 Min. von der Straßenbahn Ammendorf.  
Sonntag den 24. und Montag den  
25. Oktober 1909

**Kirmes.**  
In beiden Tagen von nachmittags 3 Uhr  
ab **Ballmusik.**  
Es ladet freundlichst ein  
Gastwirt **Schunke.**

### Albrechts Naturheilanstalt

staatlich konzessioniert  
Halle a. S., Friedenstr. 28. Telefon 2698.

Individuelle Behandlung bei allen Krankheiten.

Nachweislich gute Erfolge auch bei veralteten Fällen.  
Langjährige Erfahrungen

**Frauenkrankheiten**  
behandelt Frau **Luise Albrecht,** Schülerin Dr. med. Thure-Brandt

Prospekte frei



Das derzeit ohne Zweifel beste Schuh-  
mittel **Pilo** erhält das Leder und  
erzeugt im Nu eleganten dauerhaften  
Hochglanz.

Sie sparen an jedem Pfund Butter zu. 50 Pfg.!!!  
Alle Hausfrauen sollten einen Versuch machen.

Wer Anäufels Caselkönigin versucht, haunt über den hochfeinen  
reinen frischen milden Geschmack.  
Caselkönigin schmeckt nicht nur ebenso, sondern sogar  
als so manche teure Molkeri-Butter. Ein  
noch besser einziger Versuch überzeugt Sie voll und ganz  
von der hochfeinen prima Qualität.

**Volle Garantie:** Erhöhen die Caselkönigin heute bereits  
in tausenden Familien als Tischbutter ein-  
geführt ist, wenn diese auch als Margarine verkauft wird, jähle Ihnen,  
wenn Sie nicht zufrieden sind, den vollen Betrag ohne weiteres wieder  
retour! Wer probt, der lobt. Zu haben bei

**Carl Siebert, Merseburg, Entenplan 9. Telefon 333.**

Eilt!

**Gr. Posten billiger Mützen.**

Empfehle große Auswahl  
**billiger Mützen**

in allen Formen, Farben und Größen. Ohne Ausnahme jedes Stück 75 Pf.

Eilt! Denn der Wert ist zum grössten Teil ein 4-fach höherer. Eilt!

**M. Göbel, Putzgeschäft,**

Burastraße 10.

### Wo kann ich sparen?

Diese Frage stellt sich die besorgte Hausfrau mit  
Recht, nachdem durch die neue Kaffeezoll-Erhöhung  
das beliebteste Familiengetränk empfindlich ge-  
teuert worden ist. Unter den bekannteren Kaffee-  
Ersatzmitteln nimmt Seelig's kandiierter Kornkaffee  
eine hervorragende Stelle ein, da er sich durch grössste  
Kaffeeähnlichkeit, angenehmes Aroma und hohen  
Nährwert, sowie niedrigen Preis auszeichnet. Das  
Halbpfund-Paket, ausreichend für etwa 30-35 Tassen,  
kostet nur 20 Pfg. Die Fabrikanten, Emil Seelig A.-G.,  
Heilbronn a. N., versenden auf Anfrage bereitwilligst  
Gratisproben und Niederlagen-Verzeichnisse.

### Einige tüchtige Maurer,

die selbständige Winterarbeit annehmen können, wollen sich melden. Offerten unter  
**G H 2** mit Besf. von 10 Pf.-Marke für Rückant. in der Exped. d. Bl. abzugeben.

### Leuna.

Saßhaus zum beitem Bild.  
Sonntag den 24. und Montag den  
25. d. M.

### Kirmes,

von nachmittags 3 Uhr an

**Ballmusik,**  
ausgeführt von der Merseburger Stadtapelle,  
wogu ergebenst einladet

**Ernst Eisner,**

**Radfahrer-Verein „Jugendluft“,**  
Lößlig.

Sonntag den 24. d. M., von abends  
3 Uhr an,

**Ball.**  
Es ladet ergebenst ein

Der Vorstand

### Goldne Angel.

Donnerstag d. 4. Novbr.

### Kirmes.

Zur guten Quelle.

Freitag **Schlachtfest.**

**Hubolds Restauration.**

**Schlachtfest**

**Menzels Restauration.**

**Schlachtfest.**

**Schlachtfest.**

**Otto Lintzel, Clobigauer Str. 9.**

**Schlachtfest.**

**Fr. A. Sommer, Gr. Ritterstraße 1.**

**Schlachtfest.**

**W. Alleritz, Amthäuser 17.**

**Zum Holzerkleinern**

empfiehlt sich geeigneten Herrschaften  
**W. Jung, Saalf. 6.**

Suche für sofort und später

Mamsell und jüngere Hausmädchen nach  
auswärts, ferner Knechte und Mägde aufs  
Land.  
Herr **D. Wengler, Ettehemmerntierin,**  
Breuerstraße 10.

Einigen jüngeren Badergefeßen

sucht **G. Kahle, Tobannisstr. Nr. 9.**

Einige geschickte Näherinnen

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

**K. Mauersberger,**  
Färberel und chem. Reinigungs-Anstalt,  
Ammendorf

Junges Mädchen als

**Aufwartung**

gesucht **Saalestr. 63. I.**

Diensteige Berlin, welche am Sonntag  
in Schmitz's Gasthof Merseburg verloren.

(Neuschau) das **Jackett** vertauscht wird  
gehoben. daselbe **Neuschau 68** abzugeben.

**Ein Handwagenrad**

verloren. Gegen Belohnung abzugeben  
**Leunaer Straße 12.**

**Patent-Messingkapsel** von Schaffstet bis  
Merseburg verloren.

Bitte abzugeben gegen Belohnung bei  
**H. Kellermann, Reichsmühlr., Merseburg.**

Der heutigen Gesamtanfrage liegt  
ein Prospekt des Herrn **J. N. Jessen,**  
Babel-Böttmingerstraße (Schweiz) bei.

**Dazu eine Bellsage.**



Über Giroverkehr und Frachtfundung

hat der Minister der öffentlichen Arbeiten den künftigen Eisenbahndirektionen folgende Verfügung zugehen lassen: Es ist in Aussicht genommen, den Giro- oder Scheckverkehr der Eisenbahnhäfen unter Befreiung von noch bestehenden Beschränkungen in den Grundbüchern durch allgemeine Vorschriften zu ordnen. Was die Maßnahmen zur Einbürgerung des Giroverkehrs zwischen den Verkehrtreibenden und den Befreiungslässern betrifft, so trat ich der Ansicht bei, daß hierfür die Frachtfundung nach Maßgabe des Erlasses vom 4. August 1908 nach wie vor ein wichtiges Mittel und durch die noch in der Entwicklung begriffene Einrichtung der eintägigen Frachtfundung nicht zu ersetzen ist. Die weitere Ausbreitung der bestehenden Art der Frachtfundung in den Kreisen der Verkehrtreibenden, die dieser Art Befreiungslässern noch nicht haben bezogen werden können, bleibt daher durchaus erstrebenswert. Zur Erreichung dieses Zweckes wird es dienen, wenn — wie das schon jetzt teilweise geschieht — dort, wo das Publikum eine häufigere (tägliche) Mitteilung der Kontenabrechnung wünscht, diesem Wunsch entgegengekommen wird. Ferner bin ich dem einverstanden, wenn Interessenten, denen die Führung des Kontenbuchs aus Unbequemlichkeit bereitet, auf Wunsch hiervon entbunden werden. Dagegen kann von der Hinterlegung einer Sicherheit auch bei durchaus vertrauenswürdigem Firmen nicht abgesehen werden. Eine Unterföderung würde eine Bevorzugung und zudem ein Urteil über die Kreditwürdigkeit einschließen; auch ist in den mannigfaltig angeordneten Arten der Sicherstellung die Möglichkeit gegeben, diese einseitige Befreiung zu bemerken. Die Erhebung einer Stundungsgebühr würde die Benutzung der Stundungseinrichtung wesentlich beschränken und damit zu einer Erörterung des Barverkehres führen, die im Interesse der Geldwirtschaft vermieden werden muß. Von ihrer Einführung muß aus diesem Grunde abgesehen werden. Die Kontrolle der Frachtfundung durch die Frachtführer ist notwendig und im besonderen dadurch zu fördern, daß sie in möglichst kurzen Zeiträumen stattfindet. Von der Einziehung von Quittungen kann abgesehen werden. Bei Ausgestaltung der Giroüberweisung der Nachnahmen wird es sich ermöglichen lassen, die bare Auszahlung in der Wohnung des Empfänger, soweit solche noch stattfindet, zu befestigen. Neben diesen Einrichtungen darf auch der eintägigen Frachtfundung eine weitere Einschränkung des Bargeldumlaufes erachtet werden, namentlich soweit solche Verkehrtreibende in Frage kommen, für welche die längere Frachtfundung nicht geeignet ist. Hier wird die Einführung der Erhebung der Zuteilungssumme unmittelbar von den seitens der Interessierten für alle Fälle zu bevollmächtigten Personen, die unter Benutzung der frachtführerischen Scherenscheine diese Arbeit eingehend zu erledern und nach Möglichkeit zu beenden sein. Sometz dabei meine Mitwirkung von Nutzen sein sollte, setze ich Anregungen hierzu entgegen. Die künftigen Eisenbahndirektionen in Breslau, Köln, Oberfeld, Essen a. Ruhr, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hannover, Magdeburg und Slettin veranlasse ich gleichzeitig zu weiteren Besuchen, in ihren Bezirken soweit erforderlich, unter Benutzung der in den Bezirken von Altona und Berlin gewonnenen Erfahrungen. Den übrigen künftigen Eisenbahndirektionen will ich es überlassen, ob in ihrem Bezirke Besuche mit der eintägigen Frachtfundung anzustellen sind. Über die Ergebnisse der Besuche zur Befreiung des Barverkehres in sämtlichen Direktionenbezirken werde ich Bericht erfordern.

Deutschland.

(Der Vertretertag der nationalliberalen Jugendvereine) in Jena ließ jüngst das Bedauern darüber wieder wach werden, daß diese Bewegung noch immer sehr außerhalb der parlamentarischen Betätigung steht und auf die Entschleunigung der Fraktionen noch nicht den gebührenden Einfluß hat. Es ist innerhalb der nationalliberalen Partei eine frische und neuen Zielen zustrebende Richtung, die sich hier aufgetan hat, und von freisinniger Seite werden ihr manche Sympathien entgegenzubringen sein. Die starke Betonung eines auf sich selbst angewiesenen, klaren, festen Liberalismus weicht in freisinnigen Kreisen ein willkommenes Echo, und erfreulich war die rückhaltlose Verurteilung des unbegreiflichen Stadtwahlkompromisses der Nationalliberalen mit den Ultramontanen und den Christlich-Sozialen in Hagen. Politisch am wichtigsten war die Anführung von mehreren Rednern, daß der Nationalliberalismus bei den nächsten Reichstagswahlen im rheinischen Industriegebiet mit der Sozialdemokratie zusammen operieren müsse, wenn er nicht seinen Besitz ganz verlieren wolle. Zwar wurde hier von Vorstehen noch einigermaßen abgesehen. Aber es ist schon ein großer Fortschritt, daß von nationalliberaler Seite aus so offen und unweibehütend eine solche liberal-sozialdemokratische Kooperation zum Zwecke der Zurückverweisung der liberalen Reaktion gefordert werden konnte. Es ist ganz zweifellos, daß, wenn diese Auffassung weiter werden ergreift und vor allem wenn sie praktisch betätigt werden sollte, dies von den weitesttragenden Folgen für die Gestaltung der Parteiverhältnisse überhaupt werden müßte. Wir brauchen nicht zu betonen, wie bedeutsam eine derartige Umwandlung insbesondere auch auf die Verhältnisse innerhalb der freisinnigen Parteien zurückzuwirken würde.

Wir wünschen den Jungliberalen, ohne allen ihren Beschüssen zustimmen zu wollen, eine Erweiterung ihres Machtinflusses innerhalb ihrer Partei. Eine Verständigung mit Nationalliberalen ihrer Art wird für die freisinnigen Parteien nicht schwer sein.

(Aus Bremen) wird uns geschrieben: Weil sich herausgestellt hatte, daß die Bauunternehmer im Bremischen Gebiet nicht genügend die Vorschriften zur Verhütung von Unfällen beachteten, hatte der Senat bei der Bürgererschaft die Anstellung von Baukontrolloren beantragt. Um die Arbeiter, die bekanntlich fordern, daß die Kontrolleure aus ihren Reihen genommen und von ihnen selbst gewählt werden, zu befriedigen, andererseits um die Arbeitgeber nicht vor den Kopf zu stoßen, war der Senat auf den Ausweg verfallen, die Kontrolleure aus den Reihen der Maurerpoliere zu nehmen und ihnen bis auf das Recht der vierteljährlichen Kündigung Beamten-eigenschaft zu verleihen. In der Bürgererschaft gab es einen heißen Kampf um die Vorlage. Der Sprecher der sozialistischen Fraktion verlangte für die anzustellenden Poliere das Vorkaufsrecht der Arbeiter, die Arbeitgeber dagegen hatten sich für eine Petition der Techniker erachtet, in der darum gebeten wird, die Baukontrolloren aus den Kreisen der Techniker zu nehmen. Das Ende war, daß ein Antrag angenommen wurde, wonach die Bürgererschaft der Vorlage des Senats zustimmt, es aber der Behörde überläßt, die Stellen der Baukontrolloren auch mit Technikern zu besetzen. Recht zufrieden ist mit dieser Lösung nun keine der streitenden Parteien, am wenigsten die Arbeiter, für die die ganze Sache eingeleitet war.

(Einschränkung des militärischen Frontmachens.) Wie die „Köln. Ztg.“ mitteilt, besagt eine Änderung der Garnisondienstvorschrift, daß nach einer Bestimmung des Kaisers die Ehrenbezeichnung des Frontmachens vor allen militärischen Vorgesetzten für den Soldaten in Wegfall gekommen ist. Diese Ehrenbezeichnung wird fernerhin nur erwiesen von Offizieren, Sanitätsoffizieren und obere Beamten der Militärverwaltung in Uniform vor dem Kaiser und der Kaiserin, sowie vor den regierenden Fürsten und ihren Gemahlinnen innerhalb ihrer Landesgrenze; von Unteroffizieren, in ihrem Range stehenden Personen des Soldatenstandes, untermilitärischen Beamten in Uniform und Gemeinen außer wie von den Offizieren usw. vor ihren Landesfürsten und deren Gemahlinnen ohne Rücksicht auf die Landesgrenze, sowie vor Fahnen und Standarten.

(„An die arbeitende Jugend Groß-Verlins“) bezieht sich ein Flugblatt der sozialdemokratischen Jugendorganisation, das an die Schüler der Fortbildungsklassen in Massen verteilt wird. Daß die Sprache der sozialdemokratischen Jugendüberber immer herausfordernder wird, geht wiederum aus diesem Flugblatt hervor. Es heißt darin: „Einige Realhülfer, die von ihren Lehrern schlecht behandelt sein wollen, haben sich das Leben genommen. Die bürgerlichen Zeitungen erheben über diese traurigen Vorfälle ein Geschrei und verlangen Einschreiten der Behörde gegen die Lehrer. Werden aber nicht täglich (!) Tausende wehrloser Lehrlinge von ihren Meistern mißhandelt? Ja oft in den Tod getrieben? Außer der Arbeiterschaft verlangt aber kein Mensch die Abschaffung der Prügelstrafe der Meister! Muß die arbeitende Jugend nicht vom frühen Morgen bis zum späten Abend in ungeunden Arbeitskammern schreien und schon früh ihre Gesundheit dem Profitgier der Unternehmer opfern?“ Weiter wird verhandelt, daß die Freie Jugendorganisation den Kampf gegen die Zustände aufgenommen habe.

(Sozialdemokratischer Sauberdenton.) In einem Aufruf der sozialdemokratischen „Leipz. Volksztg.“ an die sächsischen Landtagswähler, in dem selbstverständlich an den bürgerlichen Parteien kein gutes Haar gelassen wird, heißt es über die Freisinnigen: „Nicht minder gefährlich wie die Konservativen mit ihrem mittelländlerischen Anhang und die Nationalliberalen sind die Freisinnigen. Denn darüber ist sich kein ernsthafter Mensch im Zweifel, daß die Freisinnigen die unzuverlässigsten Kantonalisten sind. Im preussischen Landtage unterzeichnen sie sich ebenso wenig von den extremsten Reaktionsären, wie im Reichstage. Ihre Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts wird selbst von den bürgerlichen Parteien als widerliche Heuchelei eingeschätzt. Wer für das gleiche Wahlrecht, für die Sicherung und den fortschrittlichen Ausbau der Volksrechte ist, darf keine freisinnigen Mauthelden wählen, der muß für den Sozialdemokraten eintreten!“ Hier fehlt bloß noch ein kräftiges „bum! bum!“ nach jedem Satz.

(Ein Kolonialprozeß) wurde am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. verhandelt, nämlich eine Privatbeleidigungsfalle des

früheren Swafopmunder Distriktschefs Rabe (jetzt in Wiesbaden) gegen den Altesor Feblant in Rönitz (Merseburg), der seinerzeit in Swafopmund Anklage gegen Rabe erhoben hatte, weil dieser sich zur Verbesserung seiner fiskalischen Wohnung fiskalisches Holz und Zement widerrechtlich angeeignet habe. Rabe hatte sich dadurch in seinem Recht beeinträchtigt gefühlt, und die „Frankfurter Zeitung“ hatte den Fall in mehreren Artikeln behandelt. Durch eine Verurteilung von Feblant, die die Zeitung nicht aufnahm, weil sie nicht dem Preßgesetz entsprach, die aber zur Kenntnis Rabes kam, fühlte sich Rabe beleidigt und strengte Klage gegen Feblant an, da er aus der Verurteilung folgerte, Feblant habe ihm Beuch des Offiziersehrenwortes vorwerfen wollen. Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, sprach das Schöffengericht Feblant frei, da die in der Verurteilung enthaltenen Behauptungen als erwiesen anzusehen seien. Dem Kläger wurden die Kosten auferlegt.

Provinz und Umgegend.

(Nürnberg, 18. Okt. Am heutigen Tage, der durch so mancherlei frohe und ernste Ereignisse ausgezeichnet ist, der uns den Sieg bei Leipzig und die Geburt des Kreuz- und Kronenträgers Friedrich gebracht hat, und an dem hohen die jüngste Kaiserin konfirmiert worden ist, hielt der Provinzialverband Sachsen-Anhalt des Evangelisch-lutherischen Hilfsvereins und seiner Frauenhülfe seine Jahresversammlung ab. Dieser Verein entstand aus Anregung hoher geistlicher und weltlicher Würdenträger unter dem Protektorat der Kaiserin, die, damals noch Kronprinzessin, hierdurch den ersten Beweis praktischen Christentums gab, wie ihn die Frauen auf der Thron der Hohenzollern zu geben gewohnt sind. Immer weitere Kreise, vom äußeren zum inneren fortschreitend, mit Erbarmung von Kirchen beginnend und mit der Erbauung von Gottesdiensten in den Seelen fortführend, hat dieser Verein für seine Tätigkeit eröffnet. Und in richtiger Erkenntnis, daß, wenn irgendwo, so auf dem Gebiet werktätiger Nächstenliebe, Frauenhülfe unentbehrlich sei, hat der Verein besonders das weibliche Element mit herangezogen und es in einem Spezialverein, der Frauenhülfe organisiert. Sie verfolgt ähnliche Zwecke, wie der Vaterländische Frauenverein, doch mit dem Unterschiede, daß dieser letztere auf interprofessioneller Grundlage ruht, während die „Frauenhülfe“ spezifisch evangelisch ist. Die Bestirzung, beide Vereine möchten sich Konkurrenz machen, ist durch gütliche Vereinbarung betriebe der Arbeitseifer und durch taktvolle gegenseitige Rücksichtnahme völlig ausgeschlossen. Es finden sich auch in den Vorständen z. T. dieselben Personen, wie denn z. B. Herr Graf v. Haussohnville sowohl dem Hilfsverein, als auch dem Vaterländischen Frauenverein angehört. Das Fest begann mit einer Vorstandssitzung beider Vereine, worauf ein Festottesdienst im alten herrlichen Dome erfolgte. Die Predigt über Jesaja 6, 1—8 hielt Herr Konfistorialrat Josephson aus Halle. Wenn auch etwas lang, wußte doch die Predigt, des geistreichen Kanzelredners die Herzen zu ergreifen und zu erwärmen. Der Kirchen-Gesangverein von St. Wenzel unter Leitung seines Dirigenten, des Herrn Musiklehrers Wobler, verschönte die Feier durch eine Motette. Eben derselbe Verein spendete an dem 8. Uhr in der Reichstrone beginnenden Familienabend mehrere Gesänge, wofür ihm der besondere Dank durch den Vorkleidenden des Verbandes, Herrn Grafen Hohenthal, ausgesprochen wurde. Der Besuch dieses Abends bewies, daß die Bestrebungen des Hilfsvereins noch lange nicht in demselben Maße, wie z. B. die der Mission oder des Evangelischen Bundes in das Volk gedrungen sind. Doch wird das in Zukunft sicher besser werden. Herr Superintendent von Gersdorf begrüßte die Versammlung namens der Stadt in längerer Rede, worauf Herr Graf Hohenthal in geistvollen und humoristischen Worten dankte. Er nannte Nürnberg das norddeutsche Heidelberg „an Weisheit, Schwere und Wein“. Er begrüßte die erschienenen Gäste, Frau Regierungsrätin v. Vorris, Frau v. Kraft, Geh. Konfistorialrat Siegmund, Schülke u. a., beglückwünschte den Frauenarmeenverein am Dom, der an diesem Tage sein 25-jähriges Bestehen feiert, und gab dann einen durch viele persönlich erlebte interessante Züge aus dem Leben der Kaiserin illustrierten Rückblick auf die Entstehung des Vereins. Er schloß mit einem Hoch auf die hohe Frau, an die alsdann ein Telegramm abgesandt wurde. Den ersten Vortrag des Abends hielt Herr Pastor Blylaff aus Magdeburg über das Thema: Warum bildet die Schicksale Frauenhülfe freiwillige Helferinnen für die Krankenpflege auf dem Lande aus? Er beleuchtete die länd-



lichen Notstände, die Leutenot, die zu Zeiten nur ungelagerte Krankenpflege ermüdete, und die oft unglücklichen hygienischen Zustände. Pflege durch Diakonissen ist unmöglich wegen Mangel an Geld und an Kräften. Dit ist wenig zu tun, die weite Entfernung aber verbietet die Bildung großer Bezirke. Einen Ausweg aber bietet die Ausbildung von Pflegerinnen aus der Gemeinde für die Gemeinde. In elf Wochen wird sie, und zwar kostenlos, vollendet. Die Hauptaufgabe ist, geeignete Persönlichkeiten zu gewinnen. Der zweite Redner, Herr Pastor Voit aus Merseburg, der lange Zeit im Ausland gelebt hat, sprach über das Thema: Frauenhilfe fürs Ausland. Er motivierte die Forderung derselben durch das Gebot der allgemeinen Nächstenliebe und die Fürsorge für Erhaltung des Deutschlands bei den Ausgewanderten. Leider hat die Kirche diese Pflicht lange vernachlässigt. Jetzt ist ein Mutterhaus in Münster gegründet worden, in dem bereits elf Schwestern für das Ausland ausgebildet werden. Wie der Kassierer des Vereins mitteilt, stehen für dieses Werk 22000 Mark zur Verfügung, von denen aber schon 18000 Mark verbraucht sind. Der dritte Redner, Herr Pastor Hobbing aus Halle, sprach über Stadtmision und Landmision. Seine Ausführungen gipfelten in einer Verherrlichung der ländlichen Zustände, die er viel zu rosig malte, während die städtischen Verhältnisse zu ungünstig geschildert wurden. Was er unter „Landmision“ und dem vielfach gebrauchten „Vandprinzip“, das in die Stadt getragen werden soll, verstand, wurde nicht recht klar. Auch in der Stadt wohnen nachbarliche Hilfsbereitschaft, Nächstenliebe und Warmherzigkeit, ja oft mehr als auf dem Lande, wo der Geiz oft die besten Werke hindert. Nachdem derselbe Herr ein kurzes Gebet gesprochen hatte, schloß der Abend mit dem Gesänge: Ach bleib mit deinem Segen!

† Halle a. S., 21. Okt. Im hiesigen Allgemeinen Bürgerverein für städtische Interessen wurde bei Besprechung der Beamtengehaltsfrage auch einer Klasse städtischer Angestellter Erwähnung getan, die wohl Beamtenentsprechenden haben, als Beamte aber nicht angesehen werden. In der Liste werden diese wenig Beneidenswerten einfach als „Bedienstete“ geführt. Diese „Auchbeamten“ — so erklärte ein Redner — „wissen eigentlich nicht, was sie für eine Nummer haben, sie schreiben einfach in der Luft.“ — Da ist nun ein Vorschlag auf die Idee gekommen, dieser Kategorie, die auch bei der Gehaltsaufstellung einfach in der Luft schwebt, einen Titel zu verschaffen. Sie sollen von jetzt ab „Avaltiker“ heißen.

† Eilenburg, 21. Okt. Mit Semesterabschluss schieden aus ihrer Schulpflicht durch Abtritt in den Ruhestand die Herren Lehrer Uhde, Kantor Knothe, Lehrer Kropnick und Lehrerin Fräulein Freitag. Sie wurden in erhebenden Schulfeiern entlassen, die durch Beteiligung der Stadt- und Schulbehörden offizielles Gepräge erhielt. Unter ehrenden Worten der Anerkennung wurden ihnen die folgenden Auszeichnungen überreicht: Lehrer Uhde, im 53. Dienstjahre stehend, der Rote Adlerorden 4. Klasse, Kantor Knothe der Rgl. Kro.-orden 4. Klasse, Lehrer Kropnick der Rgl. des Inhabers des Hohenzollernschen Hausordens, Frä. Freitag ein prächtiges Bildnis der Kaiserin mit eigenhändiger Unterschrift. Die Kollegen schloß die neuen Erweitem durch ein Festessen.

† Bitterfeld, 21. Okt. Die Montierung des „Parabel V“ ist jetzt soweit fertiggestellt, daß mit dessen Füllung begonnen wird. Nächste Woche folgen die Probezüge.

† Bitterfeld, 20. Okt. In König bei Bitterfeld haben Diebe der Wohnung eines unverheirateten Lehrers einen recht unliebsamen Besuch abgestattet. Als letzterer nach Beendigung der Ferien zurückkehrte, fand er die ausgeräumte Wohnung vor. Diebe sind während seiner Abwesenheit von den angrenzenden Feldern aus durch den Garten mittels einer Leiter in die im ersten Stockwerk liegende Wohnung eingedrungen und haben alles mitgehen lassen, was sich zum Fortbringen irgend eignete. Sämtliche Kleidungsstücke, die Wäsche, die Betten, Bücher, Teppiche, Jagduniformen, sogar die Privatbriefe und alle übrigen Papiere wurden entwendet. In der Wohnung ließ man nur die erbrochenen Möbel zurück, so daß der Beschädigte nichts mehr besitzt, als was er gerade bei sich trug. Der Schaden ist recht beträchtlich. Von den Dieben hat man keine Spur.

† Nordhausen, 20. Okt. Der Rentier Duo Schybe hier ist gestern auf Veranlassung der Königl. Staatsanwaltschaft wegen Kurpfuscherei festgenommen. Eine Frau, die Schybe in Behandlung genommen hatte, soll infolge eingenommener Medikamente gestorben sein.

† Schlei, 21. Okt. Die Errichtung eines Moorbadens in Schlei ist in weite Ferne gerückt. Trotz der für das Bad geschätzten 60—70000 M. soll von der Errichtung vorläufig abgesehen und das erwerbene Gelände der Grundstücksverwaltung der Fürstlichen Kammer wieder zur Verfügung gestellt werden.

† Jüthenau, 21. Okt. Auch in unserer Stadt soll ein Ortseuseum eingerichtet werden. Der

Gemeinderat hat jetzt zu diesem Zwecke ein Zimmer im Rathaus zur Verfügung gestellt.

† Rudolfsadt, 20. Okt. Der unlängst verstorbene Rentier August Himmelfrich hat neben anderen Vermächtnissen auch dem hiesigen Pestalozziverein ein Legat von 5000 M. ausgesetzt.

† Altenburg, 20. Okt. Im benachbarten Romisch wurde gestern abend gegen 7 Uhr an der Materialwarenhändlerin Witwe Luana ein Raubmord verübt. Der Täter, der vorgab, sich Zigarren kaufen zu wollen, schloß die Tür hinter sich ab und überfiel die Frau, indem er sie hinter mit großer Wucht mit dem Kopf gegen den steinernen Fußboden aufschlug. Auf das Geschrei der Angefallenen eilten Nachbarn herbei, umstellten das Haus und nahmen den Burschen fest. Es ist ein Arbeiter, der diesen Sommer beim Straßenbau hier die Dampfwalze als Heizer bedient hat. Die Verletzungen der Frau sind schwerer Natur. Sie wurde bewußtlos in einer großen Blutlache liegend aufgefunden.

† Dresden, 20. Okt. In der Sächsischen Schweiz abgestürzt ist gestern Fräulein Martha Gaertner aus Berlin. Die junge Dame stürzte sich von dem Felsfelsen in die Tiefe; sie war sofort tot. Nach einem bei ihr vorgefundenen Schreiben an ihre Angehörigen hat sie die Tat aus Furcht vor der Heilanstalt, in die sie gebracht werden sollte, begangen.

## Lokalnachrichten.

Merseburg, den 21. Oktober 1909.

\*\* Zum Geburtstageder Kaiserin! Morgen, am 22. Oktober, tritt unsere Kaiserin Auguste Viktoria in ein neues Lebensjahr. Wohl in allen deutschen Landen wird dieser Tag mit aufrichtiger, aus dem Herzen kommenden Freude begangen. Hat es die hohe Frau doch verstanden, sich die unbegrenzte Liebe und Verehrung des ganzen deutschen Volkes zu erringen. Alle Herzen schlagen der Kaiserin in warmer Sympathie entgegen um der edlen Frauentugenden willen, welche sie auf dem Throne einsetzt und mit denen sie allen Kreisen ein nachsichmenswertes Beispiel gibt. Darum bezeugt die hohe Frau auch überall, wo sie erscheint, den herzlichsten, ungezwungensten Dationen; ihr stilles Wirken zur Abhilfe und Milderung der sozialen Leiden des Volkes hat überall freudige Anerkennung gefunden und das glückliche, schöne Familienleben, welches sie ihrem hohen Gemahl bereitet, stellt sie als Mutterbild einer Gattin und Mutter dem ganzen deutschen Volke hin. So geht denn zum morgenden Tage aus aller Herzen der Wunsch hervor: Lang lebe und wirke unsere geliebte und verehrte Kaiserin Auguste Viktoria zur Freude und zum Segen des ganzen deutschen Volkes!

\*\* Die Einweihung des neuen städtischen Krankenhaus und des Neubaus des Rgl. Lehrerseminars findet bekanntlich am Sonnabend den 23. Oktober d. J. statt. Die Feier im neuen Krankenhaus beginnt 9<sup>1/2</sup> Uhr vormittags, die im Lehrerseminar um 11 Uhr vormittags. Die Wehredner werden die Herren Superintendent Prof. Vithorn und Seminardekan Dr. Sieke halten. Der Oberpräsident der Provinz, Erzengel v. Hegel, sowie die Spitzen der hiesigen Behörden werden an den Feierlichkeiten teilnehmen. Das Lehrerseminar veranstaltet am Abend vorher, am Freitag, um 8<sup>1/2</sup> Uhr ein Begrüßungskonzert, dem sich gegen 8<sup>1/2</sup> Uhr ein Aufzug der Seminaristen und Präparanden vom alten zum neuen Seminargebäude anschließt. — Wir machen unsere Leser ferner darauf aufmerksam, daß beide Anstalten zu folgenden Zeiten zur Besichtigung freigegeben sind: das Rgl. Lehrerseminar Sonnabend den 23. d. M. von 3—5 Uhr und Sonntag den 24. d. M. von 11—1 und 3—5 Uhr. Das städtische Krankenhaus: Sonnabend den 23. d. M. von 3—5 Uhr, Sonntag den 24. und Montag den 25. d. M. von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

\*\* Fahrplanänderung. Vom 15. November d. J. ab verkehrt der Personenzug 342 zwischen Halle und Corbetha 3 Minuten, und der Zug 261, zwischen Corbetha und Leipzig, 6 Minuten früher. Die Züge werden nach folgendem Fahrplan befördert: Zug 342: Ab Halle a. S. 4.07, Annendorf 4.15, Merseburg 4.26, an Corbetha 4.37 Uhr nachmittags. — Zug 261: Ab Corbetha 4.40, Dürrenberg 4.47, Köpitz 4.54, Großlehna 5.00, Markranstädt 5.07, Mültz bei Leipzig 5.12, Leipzig 5.20, Gohlis Wödrten 5.26, Gohlis Gutritsch 5.31, an Leipzig (prov. Thür. Vst.) 5.36 Uhr nachmittags.

\*\* Dem Vernehmen nach haben die städtischen Behörden in geheimer Sitzung der letzten Stadtverordnetenversammlung das Angebot der königlichen Regierung auf Ankauf des bomanen-fasslichen Gotthardsteiches und der dazu gehörigen Anlagen zum Preise von 40000 M. abgelehnt und zwar mit der Begründung, daß ihnen dieser Preis zu teuer sei. Nach den seitens der gemischten Kommission angestellten Ermittlungen erreichen nämlich die Einnahmen aus dem Gotthardsteich, welche in früheren Bachperioden durchschnittlich zwischen 3900 und 4000 M. be-

trugen, diese Summe bei weitem nicht mehr und es ist fünfzigjährig mit einem weiteren Sinken der Einnahmen bei Bestimmtheit zu rechnen. Die Fästen hingegen, namentlich die Verpflichtung zur Reinigung des Teiches und der Geisel, sind dagegen erheblich gewachsen und der bisher hierfür aufgewendete Betrag von jährlich 700 M. reicht zur Erfüllung dieser Verpflichtung wohl kaum mehr aus. Nach Lage der Sache ist es auch unvermeidlich, daß in kürzester Zeit eine gründliche Schlemmung und Reinigung des Teiches und der Geisel vorgenommen werden muß, welche ganz erhebliche Kosten, schätzungsweise nicht unter 85000 M., verursachen würde. Solch erhebliche Kosten und Lasten glauben aber die städtischen Behörden unter Würdigung sämtlicher in Betracht kommenden Verhältnisse zur Zeit nicht übernehmen zu können.

\*\* Wo ist die Fahrradlaterne? In diesem Monat fällt der Einbruch der Dunkelheit mit dem abendlichen Arbeitschluss der Tagesarbeiter zusammen, und mancher von ihnen, der zur Heimkehr das flinke Stroßloß benützt, glaubt immer noch ohne Laterne auskommen zu können. Am meisten heutzutage dieser Ansicht viele der hier beschäftigten Personen von auswärts. In der Dämmerung erreichen sie gerade noch die Tore der Stadt, um auf der freien Landstraße ohne Laterne in eiliger Fahrt den hässlichen Dreck zu gewinnen. Doch die piepselnde Laterne überholt auch den schnellsten Radler und dann entsteht aus der Nichtbeleuchtung des Radlers so mancher unglückliche Zusammenstoß mit harmlosen Fußgängern oder entgegengerichteten Radlern. Wir erinnern deshalb heute im Interesse unserer Leserschaft an die Polizeivorschriften über die Beleuchtung der Fahrer der Dunkelheit.

\*\* Stacheldrahtzäune an öffentlichen Wegen. Acker- und Gartenland, das ungeschützt an öffentlichen Wegen liegt, trägt häufig Spuren von Beschädigung durch Übergetretene. Kein Wunder, wenn sich die Landbesitzer durch Anbringung von Stacheldrahtzäunen zu wehren suchen. Aber oft genug werden diese zu einer Gefahr für die Weisiger selbst, sofern sie alljährlich an öffentlichen Wegen angebracht sind und ihre spigen Enden Körper und Kleidung harmloser Passanten gefährden. Deshalb sei heute darauf hingewiesen, daß nach ständiger Rechtsprechung des Obergerichtungsgerichts Schuttmittel zur Sicherung des Eigentums nicht auch Leben, Gesundheit und Eigentum derer in Gefahr bringen dürfen, welche vom Wege abkommen, ohne diese Gefahr bewußt oder leichthinig herauszufordern. So hatte ein Ackerbesitzer in M. gegen die polizeiliche Anforderung, einen auf seinem Grunde 15 Zentimeter von der Grenze des öffentlichen Weges angebrachten Stacheldrahtzaun zu entfernen, bis zum Obergerichtungsgericht prozessiert. Seine Klage wurde abgewiesen. Außerdem fand auch die etwaigen Haftpflichtanspruch Verlester nicht zu übersehen.

\*\* Die Vertreter der Weisiger bei den Stadtverordnetenwahlen. Angesichts der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen sei auf eine neuere Entscheidung des Obergerichtungsgerichts verwiesen, deren Nichtkenntnis die Gültigkeit mancher Wahl in Frage stellen möchte. Bei der letzten Wahl hatte eine Stadtverordnetenversammlung für jeden Wahlbezirk zwei Weisiger und für jeden der Weisiger einen bestimmten Stellvertreter beigestimmt. Während der Wahlhandlung entfiel sich auf mehrere Stunden der eine der Weisiger. Sein eigener Stellvertreter war nicht zugegen, und in altgewohnter Weise sprang für diesen hilflos der Stellvertreter des anderen Weisigers ein. Hierin erblickte die besagte Wählerpartei nachträglich eine ordnungswidrige Zusammenfassung des Wahlvorstandes; das Mandat der Stellvertreter sei kein allgemeines gewesen, sondern auf einen bestimmten, mit Namen bezeichneten Weisiger beschränkt. Das Obergerichtungsgericht entschied auch, daß die Wahlhandlung zeitweise nicht unter Leitung eines in gesetzlicher Weise gebildeten Wahlvorstandes vollzogen und, da die Zahl der während der ungesetzlichen Vertretung abgegebenen Stimmen nicht mehr zu ermitteln war, die Wahl als ungültig zu erklären sei.

\*\* Alt wandervoegel. Ein hoher Borphyregal erhebt sich nördlich von Halle aus dem hügeligen Land — der Petersberg. Eine feste alte Kirche, eine zerfallene Klosterreue und eine wichtige Bismardiale stehen hier auf historischem Boden und bilden hinaus auf die weite Ebene. Dort hielten am vorigen Sonntag die Alt wandervoegel aus Halle, Merseburg, Weißenfels, Zeitz und Naumburg einen Herbsttag. Am Vormittage marschierten die 75 Wandersbrüder, die von nach und fern gekommen waren, zum Berge. In einem kleinen umgürteten Felskessel, wo die Sonnenstrahlen sich in einem stillen Abster spiegelten, entwickelte sich dann ein buntes Wechselbilde. Am Nachmittag fand ein großes Kriegsspiel statt, in welchem die eine Partei die Feinde von der Bergspitze verjagen mußte. Als das Abendrot glänzte und die Dämmerung von Osten sich näherte, brach man heimwärts auf. Die heitere Stimmung der Schar äußerte sich in großen Wandersliedern, die von einer fünfzigsten kleinen Wandervogelkapelle begleitet wurden. Gegen 8 Uhr











# Correspondent.

**Bezugpreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Bei Abholung von unten Ausgabestellen: bei Bestellung ins Haus durch untere Verkäufer in der Stadt und auf dem Lande zuzüglich Zusteller; durch die Post 1,20 Mk. außer 25 Pf. Befreiung. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen ausgenommen. — Nachdruck unserer Originalarbeiten ist nur mit bewilligter Zustimmung gestattet. — Für Abnahme unentgeltlicher Entsendungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
5seitig. Illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Seite oder deren Raum für vier Tage und sieben Tage 10 Pf., für die zweite Anzeigen 20 Pf., auswärts pro Zeile 20 Pf., im Restamt 30 Pf. Bei komplizierten Satz entsprechende Zuschläge. Größe der Anzeigen und die Anzeigensätze für Nachweisungen und Offertenanfragen besondere Berechnung, nach Anordnung mit Preisanschlag. Bestimmungsort Merseburg. — Preisnachschlag für größere Geschäftsanzeigen nur am Tage vorher. Fernere Anzeigen 20 Pf. pro Zeile, Sonntag 10 Pf. Sonntagsanzeigen bis 10 Uhr vormittags. —

Nr. 248.

Freitag den 22. Oktober 1909.

36. Jahrg.

## Ueber die Bildungsarbeit für die unteren Klassen

Spricht der Sozialdemokrat Dr. Maurenbrecher in den „Sozialistischen Monatsheften“ in sehr nachdrücklichen Worten, die erkennen lassen, daß dieser Intellektuelle das frühere sozialdemokratische Paradigma, wonach die Arbeiterklasse die einzig echte volkswirtschaftliche Erkenntnis besitze, innerlich über Bord geworfen hat. Maurenbrecher's Darlegungen sind im Grunde genommen ganz aristokratischer Natur. Er sagt z. B.:

„Es hat sich in unseren Vorträgen und Unterrichtsabenden stillschweigend eine Auslese vollzogen. Gekommen sind die, deren Interesse an politisch-wirtschaftlichen Fragen schon vorher geweckt war. Fortgelieben sind die, deren politisches Interesse mit dem Verlauf einer Agitationsveranstaltung schon hinreichend gebildet ist. Trotz aller demokratischen Auffassung in der Politik darf man sich der Tatsache nicht verschließen, daß die Masse für die Entscheidung der einzelnen politischen und wirtschaftlichen Fragen gar kein Interesse besitzt. Sie hat das Vertrauen zu ihrer Partei, daß sie schon richtig geführt wird. Sie will gar nicht selbst urteilen und selbst bestimmen. Sie wählt einen der Ihren in den Reichstag. Sie befolgt die Vorstände und Delegierten. Und denen überläßt sie nun die Führung der Geschäfte und lebt in Hoffnung und Glauben ihr unpolitisches Leben fort wie bisher. Wie manchen Unteroffizier in Partei und Gewerkschaft hat diese Stumpfheit der Masse schon bitter enttäuscht und emüdet; wie mancher hat schon bei schlecht beheiztem Saal seine ganze Mühe und Vorbereitung bitter bereut und verwünscht.“

Das klingt anders als das schwülstige Versammlungsgerede von der politischen Entscheidungsmacht des Proletariats, von der gereinigten Erkenntnis der klassenbewußten Arbeiterschaft. Hier wird anerkannt, was tatsächlich ist: Die Masse hat nur politischen Instinkt, nicht politisches Wissen, sie folgt der Führung, der Autorität. Maurenbrecher geht aber auch weiter, er will die politischen Vorträge eingedämmt sehen und für die Bildung der Massen einfachere Kost reichen. Gegen die politisierenden Frauen der Partei wendet er sich, und er rät ihnen, Belehrung über das — Kochen zu erteilen. Also ganz kleinbürgerlich, wird man ihm aus den eigenen Reihen erwidern. Hören wir ihn! Er schreibt:

„Namentlich die Frauen, die zu Millionen von ihrem Körper noch gar keine Ahnung haben, denen alles Reden vom Leib nur ein heimliches Kichern und ein lächerliches Schmunzeln erweckt, würden zu Tausenden kommen, wenn wir die Möglichkeit hätten, biologische und hygienische Aufklärung bis in das kleinste Fabrikdorf zu tragen. Und gerade die Frauen haben ein leidenschaftliches Interesse, rationell und billig zu kochen und arbeitssparend zu waschen. Bietet ihnen Belehrung darüber, und ihr habt ihnen einen wirklichen Dienst getan! Unsere Frauenrednerinnen gehen herum und halten dieselben Reden politischer Art wie die Männer den Männern. Tausend kommen um der Sensation willen, und neunhundert gehen unbefriedigt nach Haus, weil sie als Frauen gepöbelt sein wollten und nicht als politische Menschen. Hier könnte eine Verinnerlichung unserer Frauenagitation wahrhaftig nicht schaden. Das müßte eine etw. Sozialisin sein, die nicht auch von der Waschmaschine, von der Kochkiste oder von der Schädlichkeit des Koffeins aus zu den Höhen einer sozialistischen Perspektive zu gelangen wüßte, von Fragen des ehelichen Lebens und der Kindererziehung noch ganz zu schweigen.“

Von der Klassenkampfbereitschaft Maurenbrecher gar nichts. „Das Klassenbewußtsein des Proletariats entsteht nicht durch theoretische, begriffliche Unterweisung, durch Popularisierung der ersten 50 Seiten des „Kapitals“, nicht durch „Werttheorie“ und „materialistische Geschichtsauffassung“, es entsteht nur daraus, daß der Arbeiter ein höheres und besseres

Leben neben und über sich sieht, und daß er Sehnsucht nach diesem Leben spürt. Solange die Sehnsucht nach einem edleren Dasein in ihm nicht erweckt ist, nützen alle Handgriffe und Praktiken agitatorischer Routine rein nichts.“

Maurenbrecher, der scheinlich durch manche bitteren Erfahrungen hindurchgegangen ist, findet hier als ehrlicher Mann, was er erkannt hat. Aber er wird sich klar darüber sein müssen, daß es eine schwere seelische Zumutung für eine „Partei der Wissenschaft“ ist, sich diese Wissenschaftlichkeit hinwegzuspüren zu lassen und sich überwiegend auf den Boden der praktischen Erkenntnis zu stellen. Maurenbrecher reißt hier Wunden, und er wird nicht erkennen dürfen, wenn



legendem Falle, der Erfolg meiner schriftstellerischen Betätigung sei eine starke Autoritätserschütterung gewesen. Es ist zunächst zu fragen, welche Autorität erschütterter ist. Unbeachtet der Richter die Erschütterung des konservativ reaktionären Systems. Dies darf und soll erschütterter werden. Weiter wird mir vorgeworfen die Erschütterung des Vertrauens zur Beamtenschaft. Wenn diese Erschütterung eine Folge der sachlichen Kritik der Einrichtungen ist, so ist sie eine Folge des Mißtrauens gegen die Einrichtungen, und diese Einrichtungen sachlich zu kritisieren, ist nicht nur Staatsbürgerrecht und -pflicht, sondern auch Beamtenpflicht. Sollen etwa die Richter nicht mehr über die Zivil- und Strafspross-Ordnung schreiben dürfen? Auch die Kritik dieser Staatsinstitutionen muß zum Mißtrauen gegen sie führen, und wie leicht kann daraus die Verbreitung von Mißstimmung gegen die Beamten gefolgert werden! Autorität und Kritik vertragen sich überhaupt nicht, aber wohin kommen wir, wenn wir die Kritik ausschließen, weil die Erschütterung jeder Autorität inopportun und deshalb den Beamten verboten ist. Allerdings ist zuzugeben, daß die Kritik von Verwaltungseinrichtungen im allgemeinen ein unbedenkliches Gebiet ist. Das hat aber doch nicht zur Folge, daß dies Gebiet überhaupt nicht betreten werden dürfte.“

## Ueber die Stellungnahme der medlenburgischen Liberalen zur Fusionsfrage

äußert sich der rührige freisinnige Führer Valermeister Heimsoth-Schwerin wie folgt:

„Dem Drängen der Liberalen zur Fusion stehen die Liberalen Medlenburgs weit freier gegenüber. Nicht etwa, als sei keine Geneigtheit für die Schaffung einer großen Fortschrittspartei vorhanden, im Gegenteil, auch Medlenburgs Liberale erkennen den Vorteil einer einheitlichen Partei an. Die Gründe für die reservierte Stellung der Medlenburger beruhen auf anderen Ursachen. Zunächst erzeugt sich Medlenburg eines Liberalen Landeswahlvereins. Die liberalen Vereine innerhalb der sieben medlenburgischen Reichstagswahlkreise sind alle, ob liberal oder national-liberal, dem Landeswahlverein angegliedert. Die Parteianghörigkeit nach rechts oder links kommt demzufolge fast niemals zur Erörterung. In kleinen Städten sind Angehörige aller liberalen Richtungen in einem Verein vereinigt. Die Kandidatenfrage wird von Delegierten aus allen 7 Wahlkreisen gelöst, auswärtige Einflüsse sind so gut wie ausgeschlossen. Trotzdem sind die Medlenburger nicht weniger liberal als anderswo, im Gegenteil, Medlenburg hat schon häufig hervorragende liberale Männer in den Reichstag entsandt. Fast kann man behaupten, daß das, was man zurzeit liberalerlei in Mecklenburg findet, die Einigung des entschiedenen Liberalismus, in Medlenburg längst ohne weitere offizielle Ankündigungen aktuell geworden ist. Aus diesen Gründen ist auch niemals eine Verhärtung oder Gegenständigkeit der Meinungen zwischen Volksparteien und Vereinigung offen hervorgetreten, aber ebenso wenig ein Drängen zur Fusion als unbedingte Notwendigkeit gefordert worden.“

Eins erkennen die liberalen Führer Medlenburgs dennoch, daß durch die Schaffung einer einheitlichen liberalen Fortschrittspartei, eines neu zu schaffenden, der heutigen Situation entsprechenden Parteiprogramms das politische Prestige des Liberalismus nur gefördert werden kann und daß es angeht, die ungesicherten politischen Gesamtlage für den Liberalismus nur förderlich sein wird, in dem nächsten Wahlkampf als festgelegte politische Einheit auf dem Plan zu erscheinen.“

## Ein konservatives Flugblatt

mit der Überschrift „Die Wahrheit über die neuen Steuern“ ist in vielen tausend Exemplaren auch in unserem Kreise verbreitet worden. Werksmäßig, daß die Konservativen überall das Verdienst fühlen, sich vor dem Volke zu rechtfertigen. Das böse Gewissen muß sie doch wohl arg beissen und die nicht unbegründete Furcht, daß das wählende Volk in Kurzem über sie zu Gericht sitzen wird. In diesem „Wahrheit“ betitelten Flugblatt wird nun die Wahrheit recht hübsch entstell, und zwar weniger durch das, was gesagt, als durch das, was verschwiegen wird. Gewiß, auch die Liberalen sind mit Verbrauchssteuern einverstanden gewesen, aber nur, weil für direkte Steuern in Höhe von 400 Millionen keine Majorität zu finden war und nur unter der Bedingung der Erbschaftsteuer. Daß diese, ausschließlich die höheren Vermögen treffende Steuer von den Konservativen unter heuchlerischer Begründung aus reiner Selbstsucht abgeliebt und durch weitere Verbrauchssteuern und einige Wertsteuern ersetzt worden ist, die auch und vornehmlich die breite Masse treffen, davon sagt das Flugblatt nichts. Es sagt nichts davon, daß man sich zur Erreichung dieses Zieles der Hilfe von Zentrum und Polen, der geschworenen Feinde des ewangelischen deutschen Kaiserthums bedient hat, daß man die in den Tagen des Blocks ausgeblähte Hoffnung einer Erstarkung des Nationalgefühls hat wieder zu Grunde tragen müssen. Es sagt nichts davon, daß der liberale Grundsatz, daß nur direkte Steuern gerecht und vernünftig sind, gerade jetzt wieder seine Rechtfertigung erfährt, obwohl es selber ausführt, daß 254 Millionen Steuern dem deutschen Volke 1247 Millionen Mark kosten. Wenn irgend etwas die Schädlichkeit indirekter Steuern beweist, so ist es diese Tatsache. Was nicht es da, über die Proffinität der Produzenten und Zwischenhändler zu fragen? Wägen die Konservativen ein Mittel nennen, um solche Mißbräuche,

